

## Neue Zürcher Zeitung

### DER ANDERE BLICK

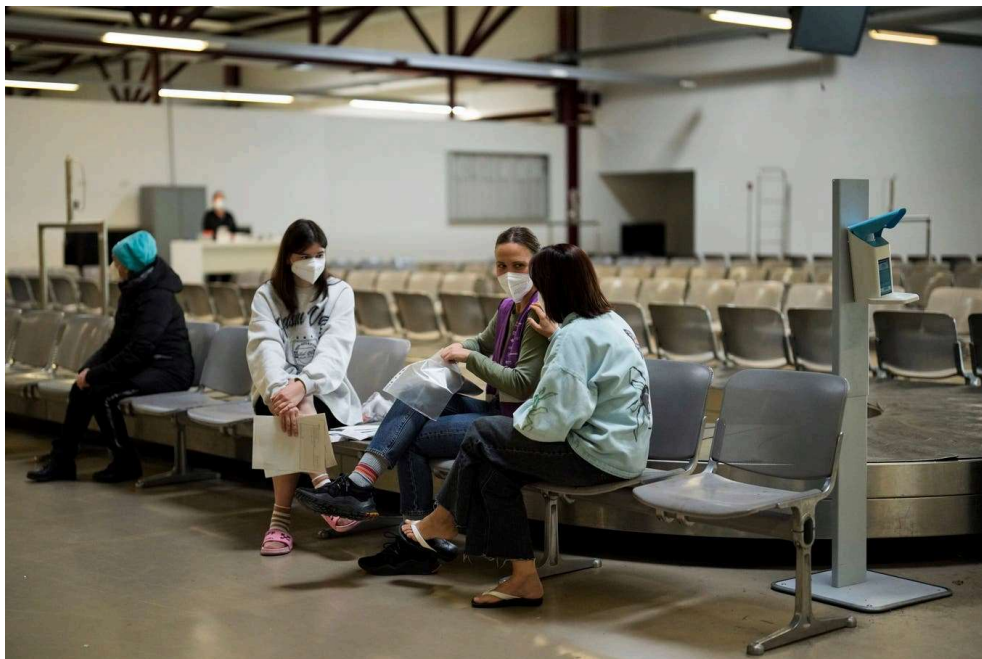
#### *Das Bürgergeld für Ukrainer setzt falsche Anreize*

Der Christlichdemokrat Alexander Dobrindt will Flüchtlinge aus der Ukraine in ihre Heimat zurückschicken, wenn sie nicht arbeiten. Das geht zu weit. Aber die Diskussion, die er angestossen hat, ist wichtig.

Jonas Hermann, Berlin

248 Kommentare →

24.06.2024, 20.00 Uhr ⌚ 3 min



Frauen aus der Ukraine mit einer freiwilligen Helferin im Flüchtlingszentrum Berlin-Tegel.

Markus Schreiber / AP

*Sie lesen einen Auszug aus dem werktäglichen Newsletter «Der andere Blick», heute von Jonas Hermann, Redaktor der «Neuen*



Jonas Hermann, Redaktor NZZ  
Deutschland.

*Zürcher Zeitung» in  
Deutschland. Abonnieren  
Sie den Newsletter  
kostenlos. Nicht in  
Deutschland wohnhaft?  
Hier profitieren.*

Man darf es seinen  
Kritikern nicht  
leichtmachen – besonders  
nicht, wenn man zu einer  
Partei gehört, die

ausserhalb Bayerns eher toleriert als geliebt wird. Der Landesgruppenchef der deutschen Christlichsozialen, Alexander Dobrindt, hat es seinen Kritikern am Wochenende leichtgemacht. «Es muss jetzt über zwei Jahre nach Kriegsbeginn der Grundsatz gelten: Arbeitsaufnahme in Deutschland oder Rückkehr in sichere Gebiete der West-Ukraine», sagte Dobrindt der «Bild am Sonntag».

Er musste sich darauf als Populist beschimpfen lassen, der Frauen und Kinder zurück in ein Kriegsgebiet schicken wolle. Diesen Vorwurf erhob der SPD-Fraktions-Vize Dirk Wiese. Dass SPD und Grüne bei den Debatten um Flucht und Migration fast immer nur die Perspektive der Migranten vertreten, ist nichts Neues. In der CSU-Schwesterpartei CDU ist dieses Dogma weniger verbreitet. Auch dort halten einige Politiker die Sozialleistungen für Ukrainer für überzogen.

Einig ist sich die Partei darin aber nicht. So sagte deren Vizechefin Karin Prien: «Wir dürfen nicht das Lied von Putins Freunden singen und diese geflüchteten Menschen zu einem Problem machen.» Die allermeisten Ukrainer in Deutschland

würden arbeiten wollen. Nun liege es an den Deutschen und ihrer Regierung, die «Teilnahme am Arbeitsmarkt zu erleichtern».

## **Zu wenige Ukrainer arbeiten**

Prien greift hier ein weitverbreitetes Muster auf, das jede Debatte über die Bringschuld von Migranten kontaminiert. In diesem Denkschema ist nie der Migrant das Problem, sondern immer nur die ihn aufnehmende Gesellschaft. So einfach ist die Welt aber nicht.

In Deutschland leben rund 1,3 Millionen Menschen aus der Ukraine, rund 700 000 sind im erwerbsfähigen Alter. Von dieser Gruppe arbeitet aber nur etwa jeder Fünfte. Das ist wenig. Besonders vor dem Hintergrund, dass viele Ukrainer seit etwa zwei Jahren im Land sind und ukrainische Flüchtlinge in deutschen Nachbarstaaten deutlich häufiger arbeiten.

Verfechter des Bürgergelds für Ukrainer sagen gern, dass es sich bei den meisten Kriegsflüchtlingen um alleinerziehende Mütter handle, deren Männer an der Front seien. Fakt ist aber auch, dass rund 200 000 Ukrainer im wehrfähigen Alter in Deutschland leben. Das ist etwa so viel, wie die Bundeswehr Soldaten hat. Auch ihre Erwerbsquote ist mit 29 Prozent erstaunlich gering.

563 Euro Bürgergeld pro Monat bekommen Ukrainer vom deutschen Staat, der zudem die Wohnungsmiete und einen Teil der Nebenkosten zahlt. Für Kinder gibt es zusätzlich Geld.

Eine ukrainische Familie kann somit auf zirka 2000 bis 3000 Euro Sozialleistungen pro Monat kommen.

Nach westeuropäischen Massstäben mag das nicht sonderlich viel sein, nach ukrainischen Massstäben allerdings schon. Es stellt sich also die Frage, ob das Bürgergeld Ukrainer vom Arbeiten abhält. Sicher trägt in einigen Fällen auch der deutsche Staat eine Mitschuld, weil der Zugang zum Arbeitsmarkt mit bürokratischen Hindernissen gepflastert ist.

### **Dobrindt hat Chance verpasst**

Dobrindts Kritik ist ungeschickt formuliert, und Ukrainer in ihre Heimat zurückzuschicken, wäre falsch. Russland hat die Ukraine überfallen und in ein Kriegsgebiet verwandelt. Mit seiner Einlassung hat Dobrindt die Ebenen vermischt, weil die Frage, ob und wann Ukrainer in ihr Land zurückmüssen, sich derzeit nicht stellt. Die Frage, welche Leistungen ihnen zustehen sollten, aber sehr wohl.

Ein Ukrainer, der in Deutschland lebt, bekommt mit dem Bürgergeld dieselben Leistungen wie ein Langzeitarbeitsloser, der möglicherweise jahrzehntelang Pflichtbeiträge in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat.

Dasselbe gilt für einen deutschen Krankenversicherten. Der stützt das Gesundheitssystem mit seinen Beiträgen und trifft nun in den völlig überlaufenen Facharztpraxen auf Ukrainer, die zu diesem System nie etwas beigetragen haben, aber exakt dieselben Leistungen erhalten.

Nun sind die meisten Arztbesuche absolut notwendig, aber eben nicht alle. Gegenüber anderen Asylsuchenden ist Deutschland strenger. Auch sie können sich auf Kosten der Allgemeinheit behandeln lassen. Im Gegensatz zu Ukrainern erhalten sie aber erst nach drei Jahren die vollen Leistungen.

Deutschland ist grossherzig im Umgang mit Ukrainern. Ob es gerecht ist, sie sofort mit Staatsbürgern gleichzustellen, darüber lässt sich streiten. Das tut man besser besonnen als mit überzogenen Forderungen. Alexander Dobrindt hat diese Chance verpasst. Das macht die Debatte, die er angestossen hat, aber noch lange nicht überflüssig.

## 248 Kommentare

G. S. vor 16 Tagen

Die Grenze der Front ist bis zu 1200 Km von der Grenze z.B. von Ungarn entfernt. Das ist die ca. die Strecke Stuttgart, Barcelona. Es wäre also möglich in der Ukraine die Bürger der Ukraine sicher unterzubringen. Die Ukrainischen „Flüchtlinge“ fahren in die Ukraine und nach Kiew um ihre Familien zu treffen. Soviel zum Thema Flüchtlinge. Zum Thema Geld ist unsere Regierung nach 2,5 Jahren das Geld ausgegangen. Die Kranken- und Rentenkasse sind leer. Die deutschen Beitragszahler dürfen entsprechenden Beitragserhöhungen erwarten. Manch deutscher Leistungsempfänger reibt sich verwundert die Augen das Fremde mit ihm gleichgestellt werden. Und die Ukrainer, die arbeiten einfach deutlich weniger als in anderen Ländern. So sieht echte Dankbarkeit aus. Während wir Waffen liefern locken wir die Wehrfähigen Männer gut versorgt nach Deutschland. Immerhin die kann man gut verstehen, wenn sie sich nicht in Schützengräben, die an den ersten Weltkrieg erinnern, umbringen lassen. Weniger kann man unsere Politiker verstehen die bei aller Hilfsbereitschaft letztlich eine Art Veruntreuung der Steuern und Beiträge betreiben. Es wird nicht Zeit für Debatten über das Offensichtliche, sondern für Neuwahlen.

[102 Empfehlungen](#)